

Rede

21.11.2006 – Martina Bunge

Misslungene Gesundheitsreform

Rede zum Haushalt 2007 - Einzelplan Gesundheit

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Mit nun 3 Milliarden Euro nimmt sich der Haushalt des Bundesministeriums für Gesundheit sehr bescheiden aus. Es ist deshalb sehr verständlich, dass hier fast alle über die dreistelligen Milliardenbeträge reden, die im Gesundheitssystem bewegt werden.

Natürlich spielt die misslungene Gesundheitsreform hier die größte Rolle. Eigentlich wollte ich heute etwas anderes in den Mittelpunkt stellen, aber es hält mich nicht, Frau Ministerin. Ich muss doch etwas zur Reform sagen. Sie kritisieren unseren Antrag. Ich sage Ihnen: 10 Milliarden mehr wären im System der GKV gut aufgehoben. Wir leben mittendrin in den Herausforderungen, die sich aus der Alterung der Gesellschaft und aus dem medizinischen Fortschritt ergeben, und wir haben dieses Problem mit dem gleichen Anteil zum Leistungsvermögen der Gesellschaft bisher bewältigt. Es ist hohe Zeit, dass mehr Geld ins System kommt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Woher?)

– Die Quellen haben wir Ihnen genannt mit einer gerechten Steuerreform und mit einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, die auch die Einnahmen, die Beiträge auf breitere Schultern, auf alle Einkommen bezieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde den Patientinnen und Patienten sowie den Beschäftigten im Gesundheitssystem gut tun. Sie wären die Gewinnerinnen und Gewinner und nicht irgendwelche imaginären Lobbyisten.

Ich finde es angesichts der komplizierten Situation in diesen Tagen höchst unerträglich, dass Sie die Krankenkassen hier zum Sündenbock machen. Dass trotz der Politik der letzten Jahre – ich denke an das Hin und Her mit der Folge immer neuer Kostendämpfungsgesetze – die Leistungen gegenüber den Patientinnen und Patienten erfüllt wurden, haben letztlich die Krankenkassen organisiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mich jetzt aber mit einigen Aspekten in die Mühen der Ebene des Haushalts begeben und zunächst ein Thema beleuchten: Natürlich ist es gut, dass für die Aufklärung in Sachen HIV und Aids 3 Millionen Euro mehr aufgewandt werden und so der Titel von 9,2 auf 12,2 Millionen Euro steigen kann. Als Ausschussvorsitzende begrüße ich, dass die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft eine Geißel der Menschheit, die weltweite Ausbreitung von HIV und Aids, thematisieren will. Auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden den G-8-Gipfel intensiv begleiten und gemeinsam mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung eine internationale Konferenz zu HIV und Aids organisieren; denn Impulse für parlamentarische Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements müssen schnellstmöglich verbreitet werden. Die Erfahrung ist: Dringend notwendiges Geld wird umso effektiver und wirkungsvoller eingesetzt, je konsequenter Regierungen und Parlamente sich an die Spitze der nationalen Strategien stellen.

Es ist zweifelsohne auch zu begrüßen, dass mit der finanziellen Ausstattung einer Präventionskampagne durch den Bund das Thema Prävention überhaupt im Haushaltsentwurf auftaucht; denn leider ist es um Gesundheitsförderung und Prävention viel zu ruhig geworden.

Wir haben lange über die Notwendigkeit eines Präventionsgesetzes geredet. Im letzten Jahr wurde hier über einen Gesetzentwurf diskutiert. Sie alle kennen das Schicksal.

Das Bekenntnis von Schwarz-Rot im Koalitionsvertrag zum Präventionsgesetz ist mittlerweile zwölf Monate alt. Die Einjahresbilanz ist negativ. So bleibt der Ausbau der Prävention zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitssystem weiterhin auf der Strecke. Wenn jetzt die Ministerin ankündigt, das Präventionsgesetz solle nach der Gesundheitsreform und nach der Pflegereform kommen – wir alle wissen, wie gefahrengeneigt auch im zeitlichen Ausmaß diese Reformen sind –, dann ist die Prävention ja fast auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt. Frau Ministerin, wenn Sie ganz richtig den Nichtraucherschutz als eine große Säule für Prävention in der Gesellschaft ansprechen, dann fordere ich Sie auf: Sie haben mit der Regierungskoalition eine große Mehrheit hier im Parlament. Dann tun Sie es doch und provozieren uns nicht, Gruppenanträge oder Einzelanträge einzubringen! Machen Sie es! Lassen Sie den Worten Taten folgen!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben es in der Hand.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wir sehen ja in Berlin, wie toll das Rot-Rot kann!)

Eine umfassende, verstetigte Prävention hätte für das Wohlbefinden von Jung und Alt und auch für die Sozialsysteme viel Gutes; es gäbe sehr viele Synergien. Hier muss einfach ein Punkt gesetzt werden. In der Zukunft reichen für eine Präventionskampagne 3,2 Millionen Euro als gesamtgesellschaftlicher Beitrag nicht aus. Angesichts dieser Summe von 3,2 Millionen Euro muten die 6,1 Millionen Euro geradezu grotesk an, die in Ihrem Haushalt für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen. Sie sollten bessere Gesetze machen. Wenn Sie das tun, dann brauchen Sie kein Geld für das Schönreden von Gesetzen, für Gesetze, die es überhaupt noch nicht gibt, wie in Anzeigen dieses Jahr. Machen Sie Gesetze, die den Patientinnen und Patienten helfen! Machen Sie Gesetze, die den Beschäftigten helfen! Wenn Sie das tun, dann brauchen Sie dieses Geld nicht für eine überbordende Öffentlichkeitsarbeit und dann könnten Sie es sinnvoller verwenden.
Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)